

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 19. Oktober 2022, Az.: STM61-0123-6/1/3:

Anbei übermittle ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen für das 3. Quartal 2022.

Hassler
Staatssekretär

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg**über aktuelle europapolitische Themen****3. Quartal 2022**

I. Europapolitische Schwerpunktthemen	2
Rechtsstaatlichkeit und Demokratie	2
Übergabe des Erweiterungsbaus der Landesvertretung und Auswärtige Kabinettsitzung am 11. und 12. Juli 2022 in Brüssel	3
II. Laufende europapolitische Themen	4
Eröffnung des „Matthias Erzberger“-Raums im Europäischen Parlament.....	4
90. Europaministerkonferenz (EMK).....	5
Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks	5
Europaöffentlichkeitsarbeit	6
Dynamischer Europapool	8
III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit	8
Internationale Bodenseekonferenz (IBK)	8
EU Strategie für den Donaauraum	8
INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein....	10
Frankreich	10
Schweiz	11
IV. Entwicklungspolitik	11

I. Europapolitische Schwerpunktthemen

Im 3. Quartal 2022 bildeten die Themen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und die Übergabe des Erweiterungsbaus der Landesvertretung mit der Auswärtigen Kabinettsitzung am 11. und 12. Juli 2022 in Brüssel die Schwerpunkte der europapolitischen Aktivitäten des Staatsministeriums.

Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Am 18. September 2022 hat die Europäische Kommission zum ersten Mal beschlossen, den Konditionalitätsmechanismus („Rechtsstaatsmechanismus“) anzuwenden und hat finanzielle Sanktionen in Höhe von 7,5 Mrd. Euro gegen den Mitgliedstaat Ungarn vorgeschlagen. Unmittelbar zuvor, am 16. September 2022, erlangte ein Antrag zum „*Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022*“ (BR-Drucksache 335/22 (Beschluss)) im Bundesrat in allen Ziffern eine Mehrheit. Der Antrag wurde von Baden-Württemberg initiiert, Sachsen und Niedersachsen haben sich angeschlossen.

Der Bundesrat betont in diesem Antrag, dass sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel der EU zur Kontrolle der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards genutzt werden müssen, insbesondere der Konditionalitätsmechanismus. Außerdem begrüßt der Bundesrat den im Abschlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas enthaltenen Vorschlag, die Erweiterung des Anwendungsbereichs von Rechtsstaatlichkeitsinstrumenten auf neue Bereiche, jenseits ihrer Relevanz für den Haushalt der EU, zu prüfen. Er zeigt zudem auf, dass sich die Bundesregierung bei mangelnder Wirksamkeit auch für zusätzliche Instrumente in Form von Vertragsänderungen einsetzen sollte, da das auf der Verletzung der Rechtsstaatlichkeit beruhenden Artikel 7-Verfahren die Situation nicht entscheidend verbessern konnte.

Mit diesem Antrag ist es Baden-Württemberg gelungen, in der gegenwärtigen Debatte tagesaktuelle Impulse und ein Zeichen für eine rechtsstaatliche und demokratische Rechtsordnung zu setzen. Über die bereits genannten Punkte hinaus nahm der Bundesrat in seiner Stellungnahme den „*Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2022*“ zum Anlass, die Notwendigkeit einer Stärkung der Rechtsstaatlichkeit als Grundpfeiler der Europäischen Rechtsgemeinschaft und als wesentlichen Baustein einer offenen Demokratie zu betonen. Darunter fällt angesichts des Angriffskrieges der Russischen Föderation auch der umfassende Schutz der Rechtsstaatlichkeit gegen innere wie äußere Angriffe. Die Stellungnahme nimmt zudem mit Blick auf die aktuelle besorgniserregende Lage von Journalistinnen und Journalisten Bezug auf die ebenfalls auf einem erfolgreichen Antrag Baden-Württembergs beruhende Stellungnahme über den Schutz vor strategischen Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit vom 10. Juni 2022 (BR-Drucksache 183/22 (Beschluss)).

Der Einsatz für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht im Zentrum des Engagements der Landesregierung im Ausschuss für Fragen der Europäischen Union. So konnte bereits am 8. Juli 2022 eine Stellungnahme zur legislativen Entschließung des Europäischen Parlaments zur Wahlrechtsreform (Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments P9_TA(2022)0129; Ratsdok. 9333/22 - BR-Drs. 253/22) weit überwiegend erfolgreich in den Bundesrat eingebracht werden. In seiner Stellungnahme begrüßt der Bundesrat die Reformbestrebungen des Europäischen Parlaments. Nur ein funktionierendes und an den europäischen Grundwerten ausgerichtetes Wahlsystem kann Vertrauen generieren und die breite Unterstützung der Bevölkerung sicherstellen. Darüber hinaus wird die Einführung demokratischer Mindeststandards wie auch eines Europäischen Wählerverzeichnisses, die Einrichtung einer Europäischen Wahlrechtsbehörde, die Einführung der Briefwahl und der elektronischen Stimmabgabe sowie die Einführung eines unionsweiten Wahlkreis mit transnationalen Listen begrüßt und befürwortet. Schließlich fordert der Bundesrat die Bundesregierung dazu auf, den Vorschlag des Europäischen Parlaments nach Beschluss durch den Rat bis spätestens Mai 2023 zu ratifizieren.

Neben den beiden genannten Anträgen konnte sich Baden-Württemberg als Berichterstatter zu einem Beschluss anlässlich des Abschlussberichtes der Konferenz zur Zukunft Europas (BR-Drucksache 282/22 (Beschluss)) einbringen und für aktive Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger der EU in europapolitische Beratungsprozesse einsetzen. Der Bundesrat sieht in der anschließenden Diskussion die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger als besonders wichtig an. Neben weiteren Anliegen wurde auch das Bekenntnis der Konferenz zur Zukunft Europas zu den Werten und Grundsätzen der EU einschließlich des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit und zu dessen wirksamer Durchsetzung begrüßt.

Übergabe des Erweiterungsbaus der Landesvertretung und Auswärtige Kabinettssitzung am 11. und 12. Juli 2022 in Brüssel

Ministerpräsident Winfried Kretschmann, Minister Thomas Strobl, Minister Dr. Danyal Bayaz und Staatssekretär Florian Hassler haben am 11. Juli 2022 im Rahmen eines Sommerempfangs den Erweiterungsbau der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU in Brüssel offiziell eröffnet. Zum Festakt waren rund 600 Gäste geladen. Ehrengast und Redner am Abend war der Botschafter Vsevolod Chentsov, Leiter der Mission der Ukraine bei der EU.

Die neuen Räumlichkeiten der Landesvertretung erweitern die Möglichkeiten, um die Interessen der Landesregierung in Brüssel stärker sichtbar zu machen. Mit der Erweiterung der Veranstaltungsflächen hat Baden-Württemberg seine Präsenz in Brüs-

sel sichtbar gestärkt und kann die Positionen des Landes bei relevanten Entscheidungsträgern noch besser platzieren. Damit wird auch die Vertretung europapolitischer Interessen des Landes gefördert.

Mit Fachveranstaltungen zu einzelnen europapolitischen Themengebieten aber auch Veranstaltungen zu ressortübergreifenden Politikfeldern spiegelt die Landesvertretung die für Baden-Württemberg zentralen europapolitischen Debatten der Brüsseler Institutionen wider.

Darüber hinaus ist die Landesvertretung ein wichtiger Ort zur Stärkung des baden-württembergischen Netzwerkes. Die Landesvertretung bildet die Plattform für die Landesregierung und den Landtag, Wirtschaft, Wissenschaft und die Zivilgesellschaft, aber auch andere Akteure, um die Anliegen des Landes auf europäischer Ebene zielgerichtet einzubringen.

Die sich am Folgetag anschließende Kabinettsitzung in Brüssel stand im Zeichen der vielfältigen europapolitischen Herausforderungen – von den Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine über die Umsetzung des European Green Deals bis hin zu einer denkbaren institutionellen Reform der EU. Im Rahmen der Kabinettsitzung waren als externe Gäste aus der Europäischen Kommission Beate Gminder, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Inneres und Migration, sowie Mechthild Wörsdörfer, stellvertretende Generaldirektorin der Generaldirektion Energie, geladen.

Beate Gminder tauschte sich mit dem Ministerrat zum einen zur Flüchtlingssituation in der Ukraine und zur Unterbringung von Flüchtlingen in Baden-Württemberg aus. Zum anderen informierte sie das Kabinett über den aktuellen Stand der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystem.

Mit Mechthild Wörsdörfer erörterten die Kabinettsmitglieder die EU-Sanktionen gegen Russland im Energiebereich, die damit verbundenen Maßnahmen zur Unabhängigkeit der EU von russischen fossilen Energieträgern, Fragen zur Energieversorgungssicherheit sowie zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Darüber hinaus berichtete Staatssekretär Hassler im Kabinett zur Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Donauraumstrategie und stellte die wesentlichen Inhalte des neuen Nutzungskonzepts der erweiterten Landesvertretung in Brüssel vor.

II. Laufende europapolitische Themen

Eröffnung des „Matthias Erzberger“-Raums im Europäischen Parlament

Am 12. Juli 2022 nahm Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit einem Grußwort an der feierlichen Eröffnung des „Matthias Erzberger“-Raums im Europäischen Parla-

ment in Brüssel teil. Auf Initiative litauischer Europaabgeordneter und mit der Unterstützung von Rainer Wieland, Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, wurde ein Sitzungsraum im Gebäude des Europäischen Parlaments in Brüssel nach dem aus dem damaligen Königreich Württemberg stammenden und 1921 ermordeten deutschen Zentrums-Politiker Matthias Erzberger benannt. Dieser hatte sich 1918 um die Unabhängigkeit Litauens sehr verdient gemacht.

90. Europaministerkonferenz (EMK)

Die 90. Konferenz der Europaministerinnen und Europaminister der Länder (EMK) tagte unter dem Vorsitz von Sachsen-Anhalt am 28. und 29. September 2022 in Dessau. Die Ministerinnen und Minister tauschten sich im Rahmen der Konferenz zu einer Reihe von aktuellen europapolitischen Themen aus. Zu diesen gehörten der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Entwicklung der EU allgemein sowie Fragen der Energiesicherheit und strategischen Autonomie in der EU. Des Weiteren beschäftigten sich die Europaministerinnen und Europaminister mit der Erweiterungspolitik, der Konferenz zur Zukunft Europas, den Herausforderungen der EU-Digitalpolitik und dem Europäischen Jahr der Jugend. Zu den Gesprächspartnern der EMK gehörten Anna Lühmann (Staatsministerin für Europa im Auswärtigen Amt), Dr. Jörg Wojahn (Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland), Georg Pfeifer (Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments) und Dr. Kai-Olaf Lang (Senior Fellow der Stiftung Wissenschaft und Politik). Aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der EMK wurde eine wissenschaftliche Studie zur EMK als Kooperationsprojekt des Hamburg-Vigoni Forums und des Jean Monnet Lehrstuhls Magdeburg vorgestellt.

Die EMK fasste zwei Beschlüsse: „Energieversorgungssicherheit / Strukturwandel“ und „Aktuelle europapolitische Herausforderungen im digitalen Zeitalter“. Baden-Württemberg gehörte beim Beschluss zur Energieversorgungssicherheit im Vorfeld zur Berichterstattergruppe.

Konsultationen des RegionalHub-Netzwerks

Baden-Württemberg hat im Rahmen seiner Mitarbeit im Regional Hubs-Netzwerk (RegHub) des AdR im 3. Quartal 2022 zwei Konsultationen zur Überarbeitung der Europäischen Altfahrzeugrichtlinie sowie zur Evaluation des Europäischen Interoperabilitätsrahmens abgeschlossen.

An der Konsultation zur Altfahrzeugrichtlinie wurde das für den Bereich fachlich federführende Umweltministerium sowie die Kommunalen Spitzenverbände und Wirtschaftsverbände beteiligt. Die Stellungnahme soll der Europäischen Kommission helfen, die neue Richtlinie und deren Umsetzung zu vereinfachen. Außerdem muss die Altfahrzeugrichtlinie auch im Lichte der Leitlinien des European Green Deal und des

Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft überprüft werden. Bei der Konsultation zur Altfahrzeuge-Richtlinien zeigt das UM aus seinen Erfahrungen als Marktüberwachungs- und Abfallbehörde konkrete Weiterentwicklungsbedarfe der Richtlinie auf. Die Richtlinie muss u.a. in Übereinstimmung mit der EU-Gesetzgebung zur Kreislaufwirtschaft gebracht und zudem vereinfacht werden. Für letzteres wird u.a. die Schaffung einer elektronischen Schnittstelle zwischen den Verwertern nach der Altfahrzeugrichtlinie und den Zulassungsbehörden vorgeschlagen. Außerdem wird eine Ausweitung des Geltungsbereiches auf mehr Fahrzeugtypen empfohlen.

Mit der Evaluation des Interoperabilitätsrahmens sollen Fakten für die Europäischen Kommission zum derzeitigen Europäischen Interoperabilitätsrahmen (EIF) gesammelt werden. Gegenstand ist die digitale Zusammenarbeit und Kompatibilität zwischen Behörden. Die Kommission bereitet einen Legislativvorschlag zur Stärkung des EIF vor. An der Konsultation wurden alle Ressorts der Landesregierung sowie die Kommunalen Spitzenverbände beteiligt. Die beteiligten Ressorts und Kommunalverbände verweisen in ihren Stellungnahmen auf ihre unterschiedlichen Erfahrungen und Anwendungsbereiche bei der digitalen Interoperabilität. Sie heben Schnittstellenprobleme zwischen unterschiedlichen digitalen Systemen und Wissensdifferenzen zwischen unterschiedlichen Anwendern hervor.

Europaöffentlichkeitsarbeit

Social-Media-Workshops

In Kooperation mit dem Europa Zentrum Baden-Württemberg werden drei- bis fünfstündige Social Media Workshops in allen vier Regierungsbezirken durchgeführt. Damit sollen Jugendliche und junge Erwachsene erreicht werden, um zu erfahren mit welchen Themen und in welcher Form sie über Social-Media-Kanäle am besten mit europapolitischen Themen erreicht werden können. Die Workshops finden seit Juli 2022 statt und werden noch bis November 2022 angeboten. Eine Gruppe von Teilnehmenden wird die Ergebnisse auf dem Netzwerktreffen in Stuttgart präsentieren.

Europa-Café

Im Rahmen einer Kooperation von Staatsministerium und den Europe Directs in Baden-Württemberg wurde die Tour des „Europa Cafés“ auf Baden-Württemberg ausgeweitet. Es handelt sich um ein Ape in den Europa-Farben, die Bürgerinnen und Bürger mit kostenlosem Kaffee und Begleitprogramm zum Austausch über Europa einlädt. Damit konnten im September 2022 in Freiburg, Friedrichshafen, dem Ostalbkreis, Ulm und Stuttgart viele Bürgerinnen und Bürger erreicht werden.

Schülerquiz „Baden-Württemberg – Wir in Europa“

In Kooperation mit dem Statistischen Landesamt wurde 2022 wieder das beliebte Schülerquiz durchgeführt, bei welchem Fragen rund um Europa beantwortet werden sollen. Insgesamt hatten 1.367 Teilnehmende ihre Lösung eingereicht, darunter waren 761 richtige Einsendungen. Im Juni 2022 fand die Preisverleihung auf dem Schloss Solitude durch die Präsidentin des Statistischen Landesamtes Dr. Anke Rigbers und unter Teilnahme des Staatsministeriums statt. Das nächste Schülerquiz soll im März 2023 starten.

Europa-Puzzle auf Reisen

Das Europa-Puzzle des Staatsministeriums wird auch weiterhin an Schulen in Baden-Württemberg verliehen. Insgesamt konnten bislang 1.552 Schülerinnen und Schüler im Alter zwischen sechs und 17 Jahren aus 61 verschiedenen Klassen auf spielerische Weise das Konzept der EU „begreifen“. Das Europa-Puzzle ist eine 1,50m x 1,50m große Landkarte von Europa, bei dem die EU-Mitgliedstaaten die einzelnen Puzzleteile darstellen. Es kam erstmalig vor den Europawahlen 2019 im Rahmen der Europakampagnen-Bustour zum Einsatz.

SlamUp for Europe 2022

Nach dem Erfolg der 2021 durchgeführten Seminarreihe „SlamUp for Europe“ wird das Projekt dieses Jahr in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München und dem Verein Ausdrucksreich e.V. fortgeführt. In Workshops im Rahmen des Unterrichts haben bereits erste Jugendliche von professionellen Poetry Slammern Grundkenntnisse im Schreiben und Vortragen erhalten und sich auf diese Art und Weise künstlerisch mit dem Thema Europa beschäftigt. Weitere Workshops folgen im kommenden Quartal. Die entstandenen Werke sollen auf schulinternen Poetry Slams sowie bei einer Abschlussveranstaltung am 16. Dezember 2022 vorgetragen werden.

In diesem Zusammenhang entstanden als Vorbereitung auf die Workshops sechs kurze Social-Media-Videos unter Beteiligung des Influencer-Duos „Frech und Fruchtig“ sowie von Staatssekretär Florian Hassler und Renke Deckarm, stellvertretender Leiter und Pressesprecher der Vertretung der Europäischen Kommission in München. Die Videos wurden auf den Social-Media-Kanälen der Europäischen Kommission sowie des Influencer-Duos veröffentlicht. Daraus konnten nützliche Erkenntnisse über die Nutzung von Social Media in der Europaöffentlichkeitsarbeit gewonnen werden.

Dynamischer Europapool

Seminar Parkettsicherheit

Am 14. Juli 2022 wurde das Seminar „Parkettsicherheit“ für Mitglieder des Dynamischen Europapools durchgeführt. Das Seminar soll Teilnehmende auf bevorstehende Verwendungen vorbereiten bzw. bei aktuellen Verwendungen unterstützen.

III. Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit

Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Die Internationale Bodensee-Konferenz (IBK) feiert im Jahr 2022 ihr 50-jähriges Bestehen. Herzstück der Jubiläums-Aktivitäten war eine Sommertour mit einem umgebauten Schiffscontainer, der von Mitte Mai bis Ende Juli 2022 in allen zehn Mitgliedsländern und Mitgliedskantonen anlegte. Zum Abschluss der Sommertour machte der Schiffscontainer von 26. bis 31. Juli 2022 Station in Friedrichshafen.

Neben einer Ausstellung über die IBK im Schiffscontainer fand eine Reihe von Veranstaltungen am Container und im benachbarten Zeppelin Museum statt. Die begleitenden Veranstaltungen der von Baden-Württemberg gestalteten Woche widmeten sich den thematischen Schwerpunkten Mobilität, Jugend und Nachhaltigkeit. An der offiziellen Eröffnung der Jubiläumswache am 26. Juli 2022 nahm für die Landesregierung Minister Winfried Herrmann teil. Bei einer Podiumsdiskussion tauschte er sich mit anderen Teilnehmern aus den Partnerregionen über Fragen der grenzenlosen Mobilität in der Bodenseeregion aus. Die Finissage setzte am 31. Juli 2022 den Schlusspunkt der Jubiläums-Sommertour in Friedrichshafen und gab allen Beteiligten Gelegenheit, gemeinsam auf die Höhepunkte der vergangenen Wochen zurückzublicken.

EU Strategie für den Donaauraum

Vom 1. bis 10. Juli 2022 fand nach der Corona-bedingten Absage 2020 unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Winfried Kretschmann das 12. Internationale Donaufest in Ulm und in Neu-Ulm statt. Unter dem Dach des Donaufests wurde eine Vielzahl an Einzelveranstaltungen, Kulturevents und Konferenzen durchgeführt. Für die Landesregierung nahm Staatssekretär Dr. Patrick Rapp an der Eröffnungsveranstaltung teil.

Am Eröffnungstag wurde vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus eine Fachveranstaltung mit Beteiligung des Staatsministeriums organisiert, bei der Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unter anderem darüber diskutierten, welche Auswirkungen der Krieg in der Ukraine auf den Donaauraum hat und wie grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten resilienter gestaltet werden können. Neben

Staatssekretär Dr. Rapp nahm auch Michael Theurer MdB, Staatssekretär im Bundesministerium für Digitales und Verkehr und der Oberbürgermeister der Stadt Ulm, Gunter Czisch teil.

Am 6. Juli 2022 fand der von der Baden-Württemberg Stiftung und dem Staatsministerium gemeinsam durchgeführte Jugendkongress „Donau.Jugend.Europa Perspektiven für den Donaauraum“ mit Beteiligung von Staatssekretär Volker Schebesta statt. Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf dem interaktiven Austausch und dem thematischen Dialog im Rahmen der grenzüberschreitenden und interkulturellen Begegnungen, insbesondere zu den Themen Partizipation von Jugendlichen, Klimaschutz und Umweltbildung, Vernetzung, Minderheit der Roma, Digitalisierung sowie Kunst und Kultur.

Das Institut für virtuelles und reales Lernen in der Erwachsenenbildung an der Universität Ulm e.V. (ILEU) führte am 8. Juli 2022 im Rahmen des Donaufests die Fachtagung „Demokratie stärken“ durch, zu der Staatsrätin Barbara Bosch ein Videogrußwort beigetragen hat und die vor dem Hintergrund einer Politik des Gehörtwerdens stattfand.

Staatssekretär Florian Hassler leitete am 15. Juli 2022 das dritte digitale Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern des Netzwerks Zivilgesellschaft im Donaauraum. Ziel war ein weiterer informeller Austausch zu den Aktivitäten des Netzwerks Zivilgesellschaft, insbesondere vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Das Treffen fand unter Teilnahme von kommunalen Vertreterinnen und Vertretern, des Städtetags und des Innenministeriums statt.

Anlässlich des ukrainischen Nationalfeiertags am 24. August 2022 besuchte Ministerpräsident Winfried Kretschmann gemeinsam mit Dmytro Shevchenko, Konsul der Ukraine in München, die Stadt Ulm. Ministerpräsident Kretschmann zeigte mit seinem Besuch der ukrainischen Gemeinde in Ulm seine Solidarität mit den Geflüchteten und kam mit ihnen ins Gespräch. Gemeinsam mit rund 300 geflüchteten Ukraineerinnen und Ukrainern und ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer gedachte er dem Unabhängigkeitstag und derjenigen, die in der Ukraine die Freiheit und Unabhängigkeit verteidigen.

Ministerpräsident Kretschmann hob in seiner Rede hervor, dass vieles Baden-Württemberg und die Ukraine verbindet. Ein Zeichen der Verbundenheit und gelebten Solidarität seien unter anderem die Städtepartnerschaften zwischen Städten und Gemeinden in der Ukraine und Baden-Württemberg. Wichtig sei eine Unterstützung der Ukraine auch, weil dort die europäischen und demokratischen Werte verteidigt würden.

INTERREG A-Programme Oberrhein und Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein

In beiden Kooperationsprogrammen haben im dritten Quartal 2022 die konstituierenden Sitzungen der Begleitausschüsse stattgefunden, die die Umsetzung der Programme begleiten. Beim INTERREG-A-Programm Alpenraum-Bodensee-Hochrhein hat sich im September 2022 außerdem der insbesondere für die Projektauswahl zuständige Lenkungsausschuss konstituiert. In beiden Programmen hat im Berichtszeitraum die Bewertung der ersten eingereichten Projektskizzen der neuen Förderperiode 2021-2027 stattgefunden.

Frankreich

60-Jahre Charles de Gaulle Rede an die Jugend

Aus Anlass des 60. Jahrestags der Rede Charles de Gaulles an die deutsche Jugend nahmen Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Staatssekretär Florian Hassler am 9. September 2022 gemeinsam mit der französischen Staatssekretärin für Bildung Sarah El Haïry an einem Festakt im Residenzschloss Ludwigsburg teil. In ihren Ansprachen blickten Ministerpräsident Kretschmann und Staatssekretärin El Haïry auf die Rede de Gaulles zurück und sprachen über die Wichtigkeit der Freundschaft in Europa, die de Gaulle mit seiner Rede vor 60 Jahren symbolisiert hatte. Zentrale Elemente der Veranstaltung waren weiterhin eine von deutschen und französischen jungen Menschen gemeinsam verfasste „Rede an die europäische Jugend“ sowie ein von Schülern aus Ludwigsburg und der Partnerstadt Montbéliard getexteter Rap zur deutsch-französischen Freundschaft.

Fessenheim

Der Zukunftsprozess Fessenheim zur Nachnutzung des Gebiets des ehemaligen Atomkraftwerks ist Bestandteil des Vertrags von Aachen. Mit der Schaffung eines deutsch-französischen Wirtschafts- und Innovationsparks bestehen große Chancen gemeinsam mit den französischen Partnern Projekte umsetzen, etwa in den Bereichen Batterierecycling oder grüner Wasserstoff.

Um den landesinternen Prozess der Positionierung zu starten, hat Staatssekretär Florian Hassler am 30. September 2022 die Staatssekretäre der betroffenen Ressorts zu einer Präsentation eingeladen. Prof. Dr. Barbara Koch wurde von deutscher und französischer Seite gemeinsam für eine Machbarkeitsstudie beauftragt. Prof. Dr. Koch hat in ihrer Präsentation die Potenziale dargelegt, die sich aus einem Projekt zum Batterienrecycling für die Region ergeben könnten. Es sind jedoch zahlreiche Einzelfragen mit den Ressorts zu klären und daher weitere Abstimmungsrunden erforderlich. Auch die französische Seite befindet sich derzeit im Meinungsbildungsprozess und hat sich noch nicht konkret zu weiteren Schritten geäußert.

Schweiz

Empfang der St. Galler Regierung durch die Landesregierung anlässlich des Schweizer Nationalfeiertags

Am 27. Juli 2022 beging das Schweizer Generalkonsulat in Stuttgart in Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen die Bundesfeier unter dem Motto „TUCHFÜHLUNG über Grenzen hinaus“. Für die Landesregierung nahm Verkehrsminister Winfried Hermann an der Veranstaltung teil. Am 28. Juli 2022 traf Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit der Regierung des Kantons St. Gallen zusammen. Gesprächsthemen waren unter anderem das Verhältnis der Schweiz zu Europa, die Wirtschaftskooperation und der grenzüberschreitende Verkehr. An dem Austausch nahmen auch Generalkonsul Urs Schnider, Minister Winfried Hermann und Staatssekretär Dr. Patrick Rapp teil.

Endlager für radioaktive Abfälle in der Schweiz

Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) der Schweiz hat am 12. September 2022 „Nördlich Lägern“ als Standort für ein schweizerisches Tiefenlager für radioaktive Abfälle vorgeschlagen. Der vorgesehene Endlagerstandort liegt in unmittelbarer Grenznähe zu Baden-Württemberg, insbesondere zum Landkreis Waldshut.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Umweltministerin Thekla Walker betonten, dass das Land Baden-Württemberg weiter auf den sichersten Standort drängen und bestmögliche Sicherheitseinrichtungen sowie Transparenz einfordern wird. Ministerin Walker wies darauf hin, dass sie eine grenzüberschreitende Beteiligung erwarte und dass sich der Beitrag der angrenzenden baden-württembergischen Bevölkerung zur Endlagerung des schweizerischen Atommülls adäquat bei den anstehenden Abgeltungsverhandlungen niederschlagen müsse.

IV. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien für Baden-Württemberg, der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals/SDGs) und des Pariser Klimaabkommens standen auch im 3. Quartal des Jahres 2022 im Zentrum der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums.

Über den Sommer gab es unter dem Dach der europaweiten Jugendkampagne MINDCHANGERS zwei Veranstaltungen. Zum einen am 14. Juli 2022 das #fairtrade-Schools-Jugendforum im Europa-Park Rust. Zusammen mit Staatssekretärin Sandra Boser, dem Staatsministerium und der Stiftung Entwicklungspolitik-Zusammenarbeit Baden-Württemberg arbeiteten 150 junge Menschen und Lehrkräfte an der Frage,

wie sich Bildung für Nachhaltige Entwicklung im Land nachhaltig, lebendig und sichtbar verankern lässt. Die Tagung ist einer der jährlichen Höhepunkte für das Netzwerk der deutlich über 100 Fairtrade Schools in Baden-Württemberg.

Zum anderen fand am 6. Juli 2022 an der Universität Hohenheim der Hochschultag für Nachhaltige Entwicklung mit deutlich über 100 Teilnehmenden aus Wissenschaft und Studierendenschaft, Forschung und Lehre statt. Staatssekretär Rudi Hoogvliet für die Entwicklungspolitik und Ministerialdirektor Dr. Hans J. Reiter für die Wissenschaftspolitik stellten sich einer lebhaften Diskussion, wie die Agenda 2030 in Baden-Württemberg an und im Umfeld der Hochschulen konkretisiert werden soll. Im Fokus stand das Ziel Nummer 2 „kein Hunger“. Die Tagung diente außerdem dem Entwicklungspolitischen Hochschulnetzwerk Baden-Württemberg dazu, den Austausch nach der Corona-Pause wieder zu intensivieren und die Agenda der kommenden Monate zu planen.